

ÖVP: Neue Verpackung – alter Inhalt

Die etablierten Parteien sind angezählt und verstecken sich hinter Einzelpersonen. Doch auch die „neue Volkspartei“ des Sebastian Kurz steht für die Politik der „alten“ ÖVP, ergänzt um inhaltliche Anbiederung an die FPÖ. Grenzen dicht, Programm von der Industriellenvereinigung und Law & Order bis in die Familie. Kurz gesagt: Türkei ist das alte Schwarz.

Seite 2

Vereinigung von CWI und IR

Am 22. Juli fand in Barcelona/Spain der Vereinigungskongress zwischen dem CWI und Izquierda Revolucionaria (IR, Revolutionäre Linke) statt – zweifellos ein großer Fortschritt für die Kräfte des revolutionären Marxismus. Antonio García Sinde von IR berichtet über die Diskussionen und die Entwicklung hin zu diesem Zusammenschluss.

Seite 12

Schwerpunkt

Die SLP tritt bei den Nationalratswahlen an. Damit gibt es eine sozialistische Alternative, die aktiv war und ist in verschiedensten Protesten und Klassenkämpfen.

Seiten 7–10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 261 | 09.17

Der Wahlkampf tobt, die Parteien rittern um Stimmen. Wir wissen aus Erfahrung: Sie alle halten nicht, was sie versprechen. Sie alle machen auf sozial. Die Ängste und Nöte der „normalen“ Menschen wollen sie wieder ernst nehmen. Sagen sie – und kassieren ungeniert weiter ab. Alle Parteien haben ein paar soziale Sager oder sogar Forderungen im Programm. An der Macht aber machen sie weiter wie bisher. Was gar nicht verwunderlich ist. Denn sie ALLE haben ihre Geldgeber, ihre Ideologie, ihre Konzepte, die tief verwurzelt sind im kapitalistischen Wahnsinn. Für sie alle sind Kranke nur ein Kostenfaktor. Für sie alle haben wir im Wesentlichen die Aufgabe, zu arbeiten und



Gemeinsam wehren statt alleine ärgern – Jobs, Soziales und Wohnen für alle statt Profite für wenige!

Produkte zu kaufen mit dem verdienten Geld. Der Mensch und seine Würde sind für sie leere Phrasen, die sie ignorieren, wenn

die Wirtschaft es wünscht. Und weil der Kapitalismus in einer strukturellen Krise ist, wünscht die Wirtschaft viel: längere Ar-

beitszeiten, niedrigere Lohn- und Lohnnebenkosten, Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und Sozialem und weitere Privatisierungen. Die kommende Regierung wird also noch brutaler kürzen als bisher. Das herrschende kapitalistische System ist ein System von und für Reiche.

Und die etablierten Parteien umhengen und pflegen es. Wenige profitieren davon, während für die breite Masse die Zukunft düster aussieht. Dabei liegt es nicht am mangelnden gesellschaftlichen Reichtum.

Wir alle schaffen ja täglich neue Werte und Reichtümer. Nur bekommen wir davon nur, was wir uns erkämpfen. Obwohl die Wirtschaft angeblich wächst, sollen wir trotzdem „den Gürtel enger schnallen“. Doch wir brauchen das Geld, das wir erwirtschaftet haben für Wohnungen, Krankenpflege, Schulen etc.

Aber es bringt nichts, sich darüber nur zu ärgern. Davon ändert sich nichts. Wer will, dass sich was ändert, muss sich einmischen. Die SLP bietet allen, die sich gegen den kapitalistischen Wahnsinn, gegen Frauenunterdrückung und gegen Rassismus wehren wollen an, das mit uns gemeinsam zu tun!

Sonja Grusch

Die SLP sagt:

- Nach den Wahlen wird der Kürzungswahnsinn an Tempo gewinnen. Bereiten wir schon jetzt Proteste dagegen vor!
- Wir können die Angriffe zurück schlagen, wenn wir gemeinsam und entschlossen dagegen kämpfen!

Der Standpunkt

von Sonja Grusch Seit Monaten kündigt die FPÖ ihr Wirtschaftsprogramm an. Aus der Industriellenvereinigung wurde mitgearbeitet und es schreit „wir wollen in die Regierung“. Verbiegen muss sich die FPÖ dafür ohnehin nicht. Sie stand und steht für brutal neoliberale Politik. Weniger Staat, wie von der FPÖ gefordert (außer es geht um Polizei und Militär) bedeutet auch weniger Schutz von Beschäftigten. Wenn die FPÖ sich gegen Klassenkampf ausspricht, dann meint sie, dass Beschäftigte einzeln und damit schwach den Begehrlichkeiten der Unternehmen ausgeliefert sein sollen. Folgerichtig ist die FPÖ auch gegen jede Umverteilung von oben nach unten, gegen Gewerkschaften und Arbeiterkammer. Damit ihr Klassenkampf von oben auf möglichst wenig Widerstand von unten stößt.

Die soziale Rhetorik der FPÖ ist Stimmenfang, garniert mit Rassismus. Zwar hat sie theoretisch die Forderung nach einem Mindestlohn von 1.700.- und ei-

Auf ihn kann reich immer zählen

ner Mindestpension von 1.000.-. Doch im Wirtschaftsprogramm steht nichts davon, und auch sonst nirgends. Die FPÖ-Frauensprecherin erklärt, dass ein Mindestlohn von 1.750.- „eine rein populistische Zahlenspielerlei“ und „ein brutaler Arbeitsplatzvernichter“ sei. Dafür sollen durch die „Optimierung der Sozialausgaben“ fast vier Milliarden Euro eingespart werden, eine weitere Milliarde im Gesundheitswesen. Sozial ist daran nichts. „Fairness“ bedeutet für die FPÖ, dass Menschen, die in eine Versicherung einbezahlt haben, nichts heraus bekommen, weil sie keine Staatsbürgerschaft haben. Das ist der Anfang. Als nächstes kriegen jene nichts mehr, die einen Partner mit Einkommen haben, oder wer die Bundeshymne nicht auswendig kann...

Auf ihn kann (Öster)reich immer zählen, plakatierte die FPÖ. Die Reichen können auf die FPÖ zählen, doch wir ganz sicher nicht. Denn die FPÖ ist und bleibt eine Partei der Kapitalisten und der Reichen, alles andere ist eine Lüge.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellung- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U | Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Was sich Kurz' SpenderInnen erhoffen: Den 12-Studenten

Wer soll denn das glauben? Auf die Frage, ob seine reichen SpenderInnen für ihr Geld etwas erwarten würden, sagte Kurz im Interview: „Das würde ich nie zulassen“ (Kurier, 20.8.).

Der mit € 436.563 Big Spender des Sebastian Kurz, KTM-Chef Pierer, hat seine Anliegen jedenfalls schon kundgetan: „Ganz oben auf der Reformliste steht die Arbeitszeitflexibilisierung“ – sprich der 12-Studenten. Andere Großspender der Tür-

kisen: MRP Investmentmanagement (€ 10.000), IGO Industries GmbH (€ 30.000) und MAM Babyartikel GesmbH (€ 40.000): die ist Weltmarktführer in der Schnuller-Herstellung, und deren Chef forderte jüngst im Ö1-Wirtschaftsmagazin „Saldo“ eine – eraten! – Arbeitszeitflexibilisierung! Stellt sich zuletzt die Frage, warum die ÖVP bei rund 70 Millionen Euro Parteienförderung für 2017 bei den Reichen noch beteln geht...



Neue Verpackung – alter Inhalt

Da sagt ein „Jungfunktionär“ nach altbewährter ÖVP-Manier seinen eigenen Obmann ab, lebt seit Schulabschluss das privi-

Kurz – Die neue Volkspartei“ liegt laut Umfragen vor Kern und Strache.

Aber selbst das eher ÖVP-nahe Magazin „pro-

res“ ist ihm seit 2011 nicht eingefallen. Wirtschaftlich präsentiert er sich als Speerspitze der Bosse. Sein Kampf gegen den „Zuzug ins Sozialsystem“ ist nichts als das Ausspielen der Armen gegen die Ärmsten. Sogar im „Ö1-Mittagsjournal“ musste sich die „Neue Volkspartei“ die Frage gefallen lassen, ob sie die FPÖ „rechts überholen“ wolle.

Auch ein Blick auf die Bundeswahlliste der „neuen“ VP verspricht lediglich alte Politik: wer sich von Ex-Vize-Landespolizeidirektor Karl Mahrer oder Ex-Rechnungshofpräsident Josef Moser (ehemals FPÖ) „Neues“ erwartet, wird zwangsläufig enttäuscht werden.

Kurz gesagt: Türkis ist das alte Schwarz.

Alexander Svojtko

Die „neue Volkspartei“ des Sebastian Kurz steht für die selbe Politik der „alten“ ÖVP.

legierte Leben eines Berufspolitikers, färbt seine Partei türkis um, und sagt dann keck: Das ist jetzt alles neu! Tatsächlich gibt es einen weit verbreiteten Wunsch nach „was Neuem“. Die etablierten Parteien sind angezählt und verstecken sich hinter Einzelpersonen. Das gelingt Kurz, mangels einer echten Alternative, am ehesten: Die „Liste Sebastian

fil“ stellte die Frage: „Was ist eigentlich das Neue an der neuen Volkspartei von Sebastian Kurz?“, blieb aber eine Antwort schuldig.

Nichts ist neu an der Politik des Sebastian Kurz. Das hat er als Integrationsstaatssekretär wie auch als Außenminister bewiesen: Mehr als die „Schließung der Balkanroute“ und der „Sperre des Mittelmees-

Gegen Gewalt... oder doch dafür?



Mit seinem eigentlichen Programm rückt Kurz erst vor der Wahl raus – bis dahin drischt er vor allem neoliberale und rassistische Phrasen. Konkret wird er aber bei seiner Forderung nach höheren Strafen für Gewaltdelikte. Er will sich so als Schutzherr von Frauen und Kindern präsentieren. Zu dumm, dass sein neuer Bildungssprecher, der Mathematiker und Klimawandel-Leugner Rudolf Taschner, in

der Presse für die „gunde Watschn“ – also Gewalt gegen Kinder – eintritt. Offenbar geht es Kurz nicht um die Opfer von Gewalt, sondern nur um das Schüren autoritärer Law and Order-Politik. Sonst würde er nämlich für Investitionen in Präventionsprogramme und soziale Sicherheit plädieren – Maßnahmen, die tatsächlich Gewalt verhindern. Doch die Kürzungspolitik trifft gerade diesen Bereich!



Die Liste Pilz – eine linke Alternative?

Der Zerfall der Grünen schreitet voran: Nachdem Peter Pilz in seiner Partei nicht auf den gewünschten Listenplatz

ser immer abgehobenen Partei gutverdienen der bürgerlicher AkademikerInnen nahm Julian Schmid seine Stelle ein.

sehen, Geld zu spenden und ansonsten keinen Einfluss zu haben.

Und welches Programm vertritt diese Format-

Arbeitszeitverkürzung und höheren Erbschaftssteuern für von der SPÖ enttäuschte Linke. Forderungen nach Law and Order in der Flüchtlings- und Grenzpolitik und Geraune von der islamischen Gefahr, um FPÖ-WählerInnen zu gewinnen, die vielleicht einmal sozialdemokratisch gewählt haben. Sebastian Bohrn-Mena als Tiererschutz-Aushängeschild für den gesellschaftspolitischen Chic. Dieses Jonglieren mit Positionen nützt vor allem einem: Der persönlichen Karriere des Peter Pilz. Ein Schritt zu einer Partei, die sich für die Interessen der einfachen Leute einsetzt, ist diese Liste sicher nicht.

Fabian Lehr

Bringt die neue Liste Pilz den von vielen erhofften frischen, gar linken Wind in die Innenpolitik?

gewählt wurde, tritt er mit einer eigenen Liste zu den Nationalratswahlen an. In Kreisen mit linken Sympathien werden in diese neue Formation einige Hoffnungen gesetzt: Endlich eine für Linke wählbare, frische Plattform, die sich für die Interessen normaler Leute einsetzt? Zunächst mag sein Bruch mit den Grünen sympathisch scheinen. In die-

Der stellte als seinen hauptsächlichen Vorzug heraus, jung zu sein. Aber wie sieht die Alternative von Pilz aus? Demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten gibt es dort noch viel weniger als in seiner alten Partei. Die Zahl der Parteimitglieder liegt im einstelligen Bereich und soll auch nicht erweitert werden. Für UnterstützerInnen ist nur vorge-

on eigentlich? Streng genommen gar keines: Es gibt kein Parteiprogramm. Nur aus einzelnen Äußerungen von Pilz kann man sich so etwas wie eine programmatische Linie zusammenreimen. Das ist ein buntes Durcheinander. Pilz gibt an, weder links noch rechts zu sein, gibt sich als ungebundener Pragmatiker. Er versucht so, allen etwas zu bieten: Forderungen nach einer

Kein unbeschriebenes Blatt

Eines von Pilz' links klingenden Versprechen ist das einer Erbschaftsteuer ab 500.000 Euro. Tatsächlich umgesetzt werden soll das aber nur da, wo es KapitalistInnen nicht schadet: Für UnternehmerInnen sollen Ausnahmen bis zum doppelten Betrag gelten, damit ihre Geschäftsaktivitäten nicht leiden. Von Vermögenssteuer oder höherer Einkommensbesteuerung ist erst gar nicht die Rede.

Pilz hat Recht, wenn er jene, die aus der richtigen Wut das falsche tun – FPÖ wählen – ansprechen will. Aber das geht nicht mit der Übernahme von FPÖ-Politik. Es gibt genügend Reichtum für Jobs, Wohnungen und Soziales für „ÖsterreicherInnen“ und Flüchtlinge. Doch der ist in der Hand der Superreichen – und kann nur durch einen gemeinsamen Kampf ohne rassistische Spaltung zurückgeholt werden.

In der Flüchtlingsfrage kein Unterschied zu den etablierten Parteien. Regierungen außerhalb Europas sollten nach Pilz dabei unterstützt werden, ihr Gebiet durchquerende Flüchtlinge vom Weg nach Europa abzuhalten. Was so etwas in der Praxis bedeutet, sieht man beim EU-Türkeideal: Unterstützung autoritärer Regime, damit sie Flüchtlinge schon vor den EU-Grenzen internieren.

Im Eurofighter-Untersuchungsausschuss arbeitete Pilz eng mit der FPÖ zusammen. Es gab sogar eine brüderliche Pressekonferenz von Pilz und Strache. Damit ermöglichte Pilz es der FPÖ, von seinem glaubwürdigem Image als Kämpfer gegen Korruption zu profitieren und sich als Saubermann-Partei zu präsentieren. Ausgerechnet die Partei, die tief im Eurofighter- und den Hypo-Skandal steckt!

Der rechte Rand

Da ist der erste FPÖ-Kanzler in Reichweite und die rechtsextreme Szene ist trotzdem gespalten. Doch die Stärke der FPÖ ist auch Grund dafür: Strache präsentiert sich Banken & Konzernen regierungsfähig. Das hat z.B. seine Anti-EU Linie aufgeweicht. Gelegenheit für die Liste Schnell, die FPÖ-Abspaltung aus Salzburg, sich als Ersatz zu präsentieren: Er fordert zentral den EU-Austritt. Er präsentiert sich und seinen Zugewinn vom ganz rechten Rand der FPÖ, Rosenkranz, als die wahren Freiheitlichen, die nicht nur aufs Regieren aus wären.

EU-Austritt ist auch das wichtigste Thema für die „EU-Austrittspartei“ und die „Freie Heimatliche Bewegung (FHB)“, beides Listen mit FPÖ-Vergangenheit. Trotzdem werden beide deutlicher rassistisch: Wo die FHB „nur“ einen Einwanderungsstopp fordert, will EU-AUS die willkürliche Zahl von „100.000 Illegalen“ abschieben. Beide Parteien waren Teil der rechtsextremen Pegida-Proteste.

Spätestens bei der fundamentalistischen „Christlichen Partei Österreich (CPÖ)“ und der selbsternannten „Obdachlosenpartei“ wird es richtig schräg. Der ewige Spitzenkandidat der CPÖ, Gehring, behauptete im Präsidentschaftswahlkampf 2010, uns allen seien Überwachungs-Chips unter die Haut gepflanzt worden. Hinter der angeblichen „Obdachlosenpartei“ steckt der selbsternannte Freimaurer-Templer-Pastor Peitl, der seit seinem Ausschluss aus der FPÖ bei einer Reihe rechts-extremer Kleinparteien auftaucht. Warum er zu Wahlen antritt ist fraglich, schließlich ist sein Bruder selbsternannter Kaiser von Österreich-Ungarn...

Tilman M. Ruster

Im August wurden in London vier Krankenhäuser bestreikt. Die dort arbeitenden Reinigungskräfte forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 30 Cent. Die haben sie noch nicht erreicht. Es kann gut sein, dass weitere Streiks nötig sind. Und doch kann man von diesem Arbeitskampf viel lernen. Die Streikenden sind beim Serco-Konzern angestellt. Das ist ein multinationales Unternehmen, welches von der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen profitiert. Serco hat den Vertrag für die Reinigung der bestreikten Krankenhäuser. Serco versuchte zu sparen, wo es nur geht. Es wurden Stellen abgebaut und dem Personal

**Frisch gekämpft
ist halb gewonnen!**

gleichzeitig mehr Arbeit aufgedrückt. Teilweise konnten ganze Flure nur mit Wasser gewaschen werden – Putzmittel wurden eingespart. Die Beschäftigten gingen dagegen auf die Straße. Sie organisierten jeden Tag lebendige Streikgebungen. Auf diesen redeten andere GewerkschafterInnen und sogar prominente PolitikerInnen aus der Labour-Partei. Zum Höhepunkt des Streiks wurde ein gemeinsamer Aktionstag mit Beschäftigten anderer Berufsgruppen organisiert, die ebenfalls in London Arbeitskämpfe führten. Tausende beteiligten sich an Demos. Der Aktionstag wurde von demokratisch gewählten Streikkomitees organisiert. „London United“ war der Titel des Aktionstages. Damit ist gemeint, dass es Sinn macht, Arbeitskämpfe verschiedener Berufe zusammenzuführen. So stärkt man sich gegenseitig und erhöht den Druck auf die ArbeitgeberInnen. Davon kann sich der ÖGB eine Scheibe abschneiden!

Christian Bunke



Metaller-KV: Auftakt für kommende Kämpfe?

Am 20. September beginnen die Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie. Das

rem eine Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes. Das würde für uns nicht nur mehr Belastung be-

che. Das darf aber nicht die Vorbereitung auf einen billigen Kompromiss sein, sondern muss konsequent zu einer längst fälligen Arbeitszeitverkürzung führen. Diese ist auch durch den ständig steigenden Arbeitsdruck längst überfällig. Bei den Verhandlungen mit der Wirtschaftskammer zum Mindestlohn ist das Potential zumindest aufgeblitzt. Die Herrschenden (Politik und Kapital) gehen immer aggressiver auf unsere erkämpften Rechte los. Wenn das die Gewerkschaftsführung nicht sehen will, müssen wir ihr das durch Druck von unten verständlich machen. Auch dass sie die anstehenden Verhandlungen als Vorbereitung zur Gegenwehr

nutzen muss. Sie muss aufhören, nur von unserer Stärke zu reden und diese auch in Form von Streiks zeigen. Es müssen Betriebsversammlungen und Kundgebungen abgehalten werden, um die Beschäftigten auf die Lohnverhandlungen vorzubereiten. Wir müssen Mobilisierungsfähigkeit schaffen, um auf Angriffe der KapitalistInnen mit Streiks und Demonstrationen zu reagieren. Der ÖGB muss zur ersten Organisation werden, die die Angriffe abwehrt.

Je mehr wir jetzt durch offensive Kämpfe erreichen, desto besser sind wir für die Verteidigung der Errungenschaften aufgestellt!

Thomas Hauer

Gewerkschaftlicher Angriff ist die beste Verteidigung gegen Regierung und Unternehmen!

Besondere daran ist, dass sie mitten im Wahlkampf stattfinden. Interessant sind heuer nicht nur höhere Löhne, sondern auch die Bedrohung einer neuen Regierung. Eine Konstellation, die sich viele UnternehmerInnen wünschen, ist Türkis (also Schwarz)-Blau, die aktuell gute Chancen hat, die Regierung zu stellen. Eine zentrale Forderung der Bosse ist seit länge-

deuten, sondern auch Lohnverlust durch das Wegfallen von Überstundenzuschlägen. Die KapitalistInnen reden von „Sicherung des Standortes“ und Flexibilisierung. Das bedeutet Arbeitsplatzabbau für uns, da weniger Leute, aber dafür flexibler (und billiger) eingesetzt werden können.

Der ÖGB fordert korrekt eine 35 Stundenwo-



Mindestlohn als Nepp des Jahres

Im Regierungsprogramm 2017/18 findet sich neben grauslichen Angriffen auch „Mindestlohn“ – delegiert an die „Sozialpartner“. Am 30.6.2017 haben diese eine „Generalvereinbarung“ geschlossen. Die ist nicht auffindbar und wie üblich hinter verschlossenen Türen entstanden. Verkündet wurde: 1.500 Mindestlohn nur für Vollzeit soll irgendwann bis 2020 kollektivvertraglich umgesetzt, danach „evaluiert“ werden. Bis dahin wollen die Unter-

nehmen weitere Arbeitszeit-„flexibilisierung“, also -erhöhung. Zwangsteilzeitarbeitende werden weiter nicht genug zum Leben haben, Hungerlöhne für prekär und ohne KV Beschäftigte bleiben. Ergebnis: Mindestlohn kommt. Wenn wir mehr hackeln. In drei Jahren. Vielleicht. Für manche. Bis auf Widerruf.

Einmal mehr ist klar: Das Kapital ist längst zum Klassenkampf übergegangen und sagt das auch (Schelling: „Die Sozialpartner-

schaft ist tot“). Die „Sozialpartnerschaft“ besteht auf Unternehmerseite aus gut organisierten kämpferischen Klassenorganisationen, auf unserer Seite aus zugeständnisbereiten BürokratInnen. Wenn wir uns auf sie verlassen, sind wir verraten und verkauft. Ein Mindestlohn muss zusammen mit radikaler Arbeitszeitverkürzung von uns selber erkämpft werden, mit Betriebsversammlungen, Demos, Streiks.

Helga Schröder

900 mal unterstützt!

400 Unterstützungserklärungen in Oberösterreich und 500 in Wien mussten wir in der Hitze und bei Regen vor den Gemeindegemeindämtern auf komplizierte Art sammeln. Sonst ist das in Europa nirgendwo notwendig, wenn man zu den Wahlen antreten will. In Wien konnte man fünf, in Oberösterreich sogar nur vier Wochen lang sammeln. Österreichweit wären es 2.600, oder drei Unterschriften von Nationalratsabgeordneten. Da merkt man, was die kapitalistische Demokratie ist: drei Unterschriften der Elite zählen mehr als Tausende. Kleine Parteien sollen gar nicht erst kandidieren können: Es soll keine Alternative geben zur Kürzungspolitik aller Parteien im Parlament. Doch die heißen Tage haben sich auch ohne Badensee ausgezahlt. Wir haben tausende Gespräche geführt. PassantInnen, die für uns unterschreiben waren, haben sich auch meistens eine Vorwärts gekauft. Die Ausgabe war ausverkauft. Für alle Spenden möchten wir uns herzlich bedanken! Denn es zeigt wieder einmal im Kleinen, was im Großen möglich ist: mit Inhalten leere Wahlversprechen und -Plakate ausbooten, statt Rassismus die soziale Frage in den Mittelpunkt stellen, und die Unzufriedenheit der Leute

gegen die Ursache derselben richten, nämlich den Kapitalismus. Eine Pensionistin in Leonding meinte: „Ich habe 40 Jahre lang gearbeitet in der Voest-Kantine, ich habe kein Kreuz mehr und muss von einem Armengeld leben, während die Reichen nichts tun und im Geld schwimmen!“ Recht hat sie!

In den Gesprächen, welche wir auf den Straßen geführt haben, zeigt sich immer mehr: Es wird spürbarer, dass Kürzungen uns alle betreffen! Die Leute reagieren mit Entsetzen darauf, wenn sie vom tatsächlichen FPÖVP-Wirtschaftsprogramm hören. Und diese Leute möchten wir einladen, gemeinsam nach den Wahlen gegen dieses Programm Widerstand zu leisten. Denn die kapitalistische Chaowirtschaft hat System und Macht. Aber wir haben die Alternative: Eine demokratische Planwirtschaft, gerichtet nach den Bedürfnissen der Menschen.

In Wien haben wir am einzigen Samstag, wo man sammeln konnte, sechs Bezirksämter abgedeckt, und 91 Unterstützungserklärungen gesammelt. Und am 14.8 konnten wir das Sammeln vor Gemeindegemeindämtern erfolgreich beenden, und jetzt geht's erst los mit dem Wahlkampf!

Get organized!

Alec Jakolic



Sommer, Sonne, Sozialismus!

Ende August fand erneut das Sommercamp der SLP und unserer deutschen Schwesterorganisation SAV statt. Es war unser bisher größtes Camp: über 80 AktivistInnen und in-

sich mit unterschiedlichen Aspekten der Revolution beschäftigt haben. Diskussionen gab es auch über die Stellung von SozialistInnen zu Prostitution oder den Charakter

sierten eine Kundgebung in Klagenfurt und verkauften über 20 Vorwärts in nur einer Stunde. Zusätzlich gab es Selbstverteidigungsangebote und einen Crashkurs für Ers-

Zwischen Bergen und See bereiteten wir uns auf eine stürmische Periode vor.

ternationale Gäste aus Venezuela, Spanien, England und Irland fanden sich im schönen Kärnten zusammen. Ebenso kamen Interessierte, beispielsweise aus dem Aufbruch. Es wurden insgesamt über 30 Workshops abgehalten. Anlässlich des Jubiläums der Russischen Revolution gab es eine ganze Serie von Arbeitskreisen, die

von Sozialarbeit im Kapitalismus. Bereichert wurde das Camp ebenso durch die Beiträge der spanischen AktivistInnen von Izquierda Revolucionaria, die sich vor kurzem mit dem CWI vereinigt hat. Aber auch die Praxis durfte nicht zu kurz kommen: es wurde das Verfassen und Abhalten von Reden geübt. Wir organi-

te Hilfe. Außerdem besuchten wir den Perschmannhof, ein wichtiger Ort für den antifaschistischen Widerstand gegen das NS-Regime in der Region und heute eine PartisanInnengedenkstätte. Nächstes Jahr kommen wir wieder und du kannst dich auch schon anmelden!

Jens Knoll



Damit gemeinsamer Protest für nachher jetzt begonnen wird!

Die SLP kandidiert als Fortsetzung unserer vielfältigen Arbeit in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Betrieben. Erstmals treten wir in Oberösterreich und Wien an, mehr ist aufgrund der Hürden nicht möglich. In anderen Bundesländern haben AktivistInnen der SLP Unterstützungserklärungen für KPÖ Plus unterschrieben, um eine linke Kandidatur auch in den Bundesländern, in denen die SLP nicht kandidiert,

zu ermöglichen. Eine gemeinsame Kandidatur auf Augenhöhe mit demokratischer Mitbestimmung war von KPÖ Plus leider nicht erwünscht – doch das soll uns nicht daran hindern, gegen die Rechten und die Reichen zusammenzuarbeiten. Wir werden im Wahlkampf konkreten Widerstand gegen Kürzungspolitik, Rassismus und Sexismus organisieren – und wir laden UnterstützerInnen von KPÖ Plus ein, das gemeinsam mit uns zu tun!

Termin des Monats



Eine Welt zu gewinnen: Wien

100 Jahre Russische Revolution: Sie birgt noch heute zahlreiche Lektionen für alle, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen. Zwei Tage zu den Erfahrungen der Revolution – und ihrer Anwendung in aktuellen sozialen Bewegungen. U.a. mit: Jess Spear (Sozialistin und Klimawissenschaftlerin aus den USA), Helmut Dahmer (Herausgeber der Werke Leo Trotzki) uvm.

4.–5. November (laufend aktuelle Infos: www.slp.at)
Wien 10, Gudrunstraße 135 (U1 Keplerplatz)

Es ist 1995 und „Sabotage“ von den Beastie Boys schallt durch den Äther. Der im Zuge einer Ö3-Reform gegründete „Jugendsender“ FM4 ist geboren und verspricht rebellisches, nicht kommerzielles Radio. 20 Jahre später ist der Traum geplatzt. Ja, FM4 spielt immer noch andere Musik als Kronehit, Nachrichten werden immer noch auch auf Englisch präsentiert. Aber mittlerweile erreicht FM4 pro Woche an die 1 Mio. Menschen, und die hohen Ideale mussten der Profitmache weichen. Ursprünglich spielte man keine Werbung: gestrichen. Kein Kommerz? Wer einmal am Frequency war, bekommt seine Zweifel.

Rote Seitenblicke

Für alle zugänglich? Bei der offiziellen Geburtstagsparty (neuerdings in der Ottakringer Brauerei) wurden aus Profitgier mehr Karten verkauft als Platz da war, sodass Menschen eingepfercht auf der Treppe die Liveacts verpassten. Aber die Kasse stimmte. Die Kürzungspolitik der ORF-Geschäftsführung wurde auch bei FM4 umgesetzt, mit allen negativen Folgen für die Beschäftigten, ebenso wie der Umbau des Senders in Richtung noch mehr Kommerz.

Die „Sabotage“ ist futsch. Werbe- und profitfreies Radio – wie es bei staatlichen Sendern eigentlich die Regel sein sollte – auch. Radiosender unter der demokratischen Kontrolle der Beschäftigten – wie z.B. in Griechenland geschehen – könnten das ändern. Da es „On Air“ in Österreich allerdings bis auf lokale Kollektive (Radio Helsinki, Radiofabrik, etc...) nichts dergleichen gibt, wird wohl auch FM4 bis auf weiteres brav systemerhaltend wirken. Klingt Scheiße. Ist es auch!

Moritz Erkl



Musik statt Kommerz!

Straßenmusik ist ein wichtiger Weg für junge MusikerInnen, um vor Publikum Praxis zu sammeln. Ich selbst habe meine ersten musikalischen Schritte

ist eine große bürokratische Hürde. Man muss sich lange vorher anmelden und dann hoffen, dass einem ein guter Platz zugewiesen wird. Der Raum

nen gesorgt hat. Sie öffneten zwar die U-Bahn als Auftrittsort, aber mit Casting und de facto unbezahlt. Die Stadtregierung maß sich an, dem Publi-

gelingen sind aber ein Hindernis, um das kreative Potential zu verwirklichen. Wir Kunstschaffende und -geniessende müssen uns organisieren und mit lokalen und gewerkschaftlichen Initiativen vernetzen, um eine Kampagne für freie Ausübung von Musik im öffentlichen Raum ohne bürokratische Beschränkungen aufzubauen. Eine Idee könnte sein, ein Play-In oder eine Gitarrendemo zu organisieren – es gibt viele kreative Möglichkeiten, um gegen die Verordnung zu protestieren. Kontaktiert uns, um einen Kampf zu organisieren! Schluss mit der Platzkartenverordnung! Für die freie Ausübung von Musik im öffentlichen Raum!

Laura Rafetseder, Musikerin

Straßenmusik belebt und schafft Musik abseits vom Kommerz.

Das ist in Wien nicht erwünscht.

te vor Publikum vor mehr als 15 Jahren auf der Straße gemacht – bevor ich in Lokalen aufgetreten bin. 2012 führte die rotgrüne Koalition in Wien eine Platzkartenverordnung ein, nach der man nur noch an bestimmten Plätzen spielen darf. Für die Platzkarten muss man sich anmelden und teilweise auch zahlen. Das

für Kreativität und Kunst wird immer enger und immer kommerzialisierter. MusikerInnen müssen bereits in manchen Lokalen fürs Auftreten bezahlen und nun auch noch auf der Straße.

Absurd auch die aktuelle Aktion „U-Bahnstars“ der Wiener Linien, die für Unmut unter MusikerInnen

kum vorweg die Entscheidung abzunehmen, was uns zu gefallen hat. Und holt sich so gratis ein Kulturprogramm in manche U-Bahnstationen. Entweder sie lassen alle dort spielen oder sie zahlen übliche Gagen, wenn es schon ein Casting gibt.

Wien präsentiert sich als Stadt der Musik. Die Re-

Die Schwalbe* von Strache, Kurz & Co

Das österreichische Fußballteam schaffte es bei der Frauen-EM bis ins Halbfinale und erhielt dafür viel Zuspruch. Zahlreiche PolitikerInnen aller Parteien stimmten in die Beifallschöre ein und versuchten, sich und ihre Politik als frauenfreundlich darzustellen.

Besonders scheinheilig wirkt dies bei der FPÖ. Z.B. gratulierte Strache dem Team zu seinen Erfolgen. Dabei ist genau diese Partei bekannt für ihre gegen Frauen gerichtete Po-

litik und ihren Sexismus. So kamen aus den Rängen der FPÖ schon Forderungen wie die Schließung von Frauenhäusern, oder die Abschaffung der Frauenförderung, da diese angeblich Männer benachteiligt. Strache selbst befindet sich in einem Naheverhältnis zur fundamentalistischen Anti-Abtreibungs-Bewegung und will das Recht auf Schwangerschaftsabbruch beschneiden.

Strache, Kurz & Co sind nur FeministInnen, wenn

es, wie bei der EM, gerade gut in ihre Werbe-Kampagne passt. In der täglichen Praxis setzen sie aber ohne zu zögern sexistische Politik um. Nach der Wahl wird es Angriffe auf Frauenrechte hageln, bei Pensionen, Gesundheit und im Fall von schwarzblau bei Abtreibung. Um das zurück zu schlagen, können wir uns viel vom Kampfgeist des Frauenfußballteams abschauen. Weil wir uns da keine Niederlage leisten können!

Nicolas Prettnner



* Eine Schwalbe bedeutet im Fußball das Vortäuschen von Nichtvorhandenem.

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Dunkle Wolken ziehen in Österreich auf. Die kommenden Wahlen werden von einem weiteren Rechtsruck der gesamten etablierten Politik geprägt sein. Egal welche Regierungskoalition (Schwarz-Blau, Rot-Blau oder eine andere Kombination) letztendlich an die Macht kommen wird, ist eines klar: Sie wird im Interesse der KapitalistInnen massive Verschlechterung für ArbeiterInnen durchführen und

die unsoziale Politik beider Parteien den Lebensstandard von ArbeiterInnen massiv verschlechtern. Mit Sebastian Kurz soll der „starke Mann“ die Interessen des Kapitals nach der Wahl mit noch mehr Härte durchsetzen. Er will den Reichen 14 Milliarden an Steuern und Abgaben schenken. Jobs werden solche Maßnahmen keine schaffen! Finanzieren will er die „Ausgabenbremse“ durch schlechtere Versor-

ung wird weder unsoziale Politik verhindern, noch die FPÖ schwächen. Zum einen sind Kern & Co. selbst bereit, die FPÖ in die Regierung zu hieven. Auch hat sie in der Regierung gemeinsam mit der ÖVP die FPÖ-Politik bereits umgesetzt. Zum anderen beruht die Stärke der FPÖ darauf, die immer schlechter werdende soziale Lage für sich zu nutzen und sich mit rassistischen Scheinlösungen als „Anti-Establish-

kein Verlass: Wo sie in der Regierung sind wie in Tirol, betreiben die Grünen den selben Sozialabbau.

Es braucht einen Wahlkampf (und eine Kampagne darüber hinaus), der aufzeigt, dass es genügend Reichtum gibt, um allen, die hier leben und leben wollen Jobs, Wohnungen und Sozialleistungen zu garantieren. Doch dieser Reichtum ist in den Händen des reichsten 1%, das 700 Milliarden Euro be-

linken Kraft. Statt auf so eine StellvertreterInnenpolitik zu setzen, wollen wir gemeinsame Kämpfe gegen die Reichen und ihre Politik organisieren, um Angriffe und Kürzungen zurückzuschlagen und unsere gemeinsamen Interessen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, oder Religion in den Vordergrund rücken. Hierbei müssen vor allem GewerkschafterInnen eine zentrale Rolle einnehmen – gerade sie werden auch ins Fadenkreuz der nächsten Angriffe auf ArbeiterInnenrechte geraten. Es ist notwendig und ein wichtiges Ziel unserer Arbeit, dass diese Kämpfe die Grundlage sind, aus der eine neue ArbeiterInnenpartei entsteht. Sie kann ein effektives Instrument sein, Bewegungen gegen Rassismus, Sexismus und Homophobie mit Kämpfen für soziale Verbesserungen und höhere Löhne zu verbinden. So können wir die Kürzungspolitik und die FPÖ besiegen. Im Wahlkampf müssen wir den Grundstein dafür legen.

Lukas Kastner

Der Aufbau einer ArbeiterInnenpartei ist dringend notwendig!

mit rassistischer Politik versuchen, die Wut auf MigrantInnen zu lenken.

Es ist gut möglich, dass sich Schwarz-Blau ausheut und das wird von vielen zu Recht als enorme Bedrohung angesehen. Noch mehr Abschiebungen, rassistische, sexistische, oder homophobe Politik werden das Leben von uns, zahlreichen KollegInnen und FreundInnen massiv verschlechtern oder sogar bedrohen. Zudem wird

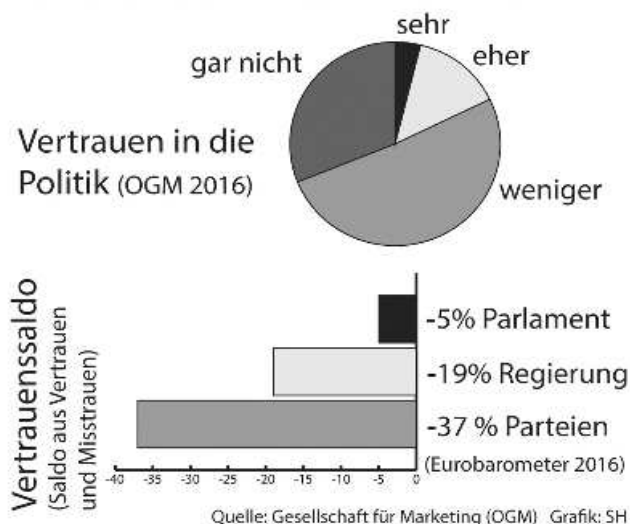
gung bei Bildung, Sozialem und Gesundheit, während Großkonzerne noch mehr abkassieren. Die FPÖ sieht in ihrem von der Industriellenvereinigung mitbestimmten Wirtschaftsprogramm ebenfalls Abgabensenkungen von 14 Milliarden vor und will diese durch Kürzungen bei den ÖBB und im Gesundheitsbereich finanzieren.

Doch sich aus berechtigter Angst vor Schwarz-Blau hinter die SPÖ zu stellen,

ment“ zu präsentieren. Die SPÖ sorgt mit ihrer Politik genau dafür, dass der FPÖ dies gelingt. Die von ihr abgefeierte Senkung der Lohnnebenkosten ist nichts als eine Kürzung bei z.B. Unfallversicherung und Familienlastenausgleichsfonds. In Linz kürzt die SPÖ (gemeinsam mit der FPÖ) 21 Millionen bei Jugendzentren, Bibliotheken usw. Auch auf die anderen etablierten Parteien ist im Kampf gegen die FPÖ

sitzt. Sie profitieren von unserer Arbeit und Armut – und von der rassistischen Spaltung. Die SLP will so einen Wahlkampf führen. Wir haben uns um einen breiten, gemeinsamen linken Antritt bemüht – doch KPÖ und Junge Grüne (KPÖ+) wollten nicht auf Augenhöhe und demokratische Weise mit anderen Kräften zusammenarbeiten und erschweren so auch mittelfristig den Aufbau einer neuen starken

Kein Vertrauen in die etablierte Politik - Zu Recht!



Unsere Geschichte - ein Auszug

- **1981:** Beim internationalen Sozialistischen Jugend-Treffen in Wien werden die ersten CWI-Mitglieder in Österreich gewonnen. In der Folge organisieren sie sich um die Zeitung „Vorwärts“, die ab 1983 erscheint.
- **1992:** Die Vorwärts-Strömung wird zur Gefahr für die Bürokratie der SPÖ und SJ. Vorwärts-AktivistInnen werden ausgeschlossen, Bezirksgruppen geschlossen, Heim- und Redeverbote auferlegt. Das von Vorwärts initiierte Antifa-Komitee mobilisiert zur ersten europaweiten antirassistischen Demonstration in Brüssel. 40.000 folgen dem Aufruf der CWI-Organisationen verschiedenster Länder.
- **1996:** Neugründung als „Sozialistische Offensive Vorwärts“. Die SOV kandidiert gemeinsam mit der KPÖ bei den EU-Wahlen.
- **2000:** Umbenennung in SLP. Wir initiieren den größten politischen Schulstreik der Geschichte gegen die Schwarz-Blaue Regierung. Als Folge unserer Kampagne gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen und zur Verteidigung der Mairo/Lucina-Klinik in Wien klagen uns 2002 die AbtreibungsgegnerInnen – und verlieren. 2003 werden als Ergebnis unserer Kampagne die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche in Wiener Gemeindespitälern deutlich gesenkt.
- **2004:** Beginn der Kampagne gegen den neonazistischen BfJ in Oberösterreich, die zu seiner weitgehenden Zerschlagung führt.
- **2008:** Bei den Nationalratswahlen tritt die SLP als Teil des Wahlbündnisses „Linke“ an. Die KPÖ ist leider nicht dabei. Es werden wichtige Erfahrungen gesammelt.
- **2010:** Blockade gegen die Abschiebung von Ousmane C. aus Guinea. Bei zahlreichen Aktivitäten gegen Abschiebungen setzt die SLP immer auf Einbeziehen von Betroffenen, Umfeld und auf Öffentlichkeit – Impulse, die für die Flüchtlingsproteste 2012 wichtig sind.
- **2011:** Beim mehrtägigen MetallerInnenstreik ist die SLP täglich mit einer neuen „Streikinfo“ vor dem Opel Werk in Wien und anderen Betrieben.
- **2015:** Die SLP organisiert konkrete Hilfe für Flüchtlinge und schlägt in der Solidaritätsbewegung einen gemeinsamen Kampf für gleiche Rechte, Jobs und Wohnungen für alle vor: „Flüchtlinge bleiben – Reiche enteignen“.
- **2016:** Die SLP beteiligt sich an der Gründung von „Aufbruch“. Zur Aktionskonferenz kommen über 1.000 Menschen. SLPlerInnen sind in lokalen Gruppen und der Koordination aktiv.

(Wahl)kampf für sozialistische Veränderung

Der Wahlkampf hat begonnen: Die SPÖ gibt sich sozial, um in die nächste Kürzungsregierung zu kommen. Kurz spielt ÖVP neu und verpasst dem FPÖ-Programm ein smartes outfit. Die FPÖ freut sich auf's Mitregieren und gibt sich staatsmännisch.

Ein Schwerpunkt ist der Kampf gegen Rechts. Strache, Kurz und auch Kern setzen auf das „Asylthema“. Der Grundtenor ist gleich: „Österreich“ könne keine Flüchtlinge aufnehmen, die Grenzen zu Europa müssten dicht gemacht werden. Wir kon-

vistInnentreffen zur Vorbereitung von Aktionen und für Diskussionen und Schulung. Uns geht es in den Kampagnen auch darum, eine neue Schicht von AktivistInnen einzubinden und mit marxistischer Theorie & Analyse vertraut zu machen. Rassismus ist nicht nur ekelhaft. Die Herrschenden benutzen ihn, um uns zu spalten und schwächen und von den wirklichen Problemen abzulenken. Das gilt auch für Homophobie. Auch Kampagnen für LGBTQI+-Rechte sind fixer Bestandteil unserer Arbeit. Mit unseren Demos gegen den „Marsch für die Familie“ erreichen wir, dass die Fundamentalisten völlig isoliert nur wenige Meter durch Seitengassen gehen können. In Linz organisierte die SLP gemeinsam mit der Hosi eine Kundgebung gegen homophobe Gewalt. Im Bündnis „Linz gegen Rechts“ setzten wir die Initiative für die erste Linzer Pride. Wir fordern, dass der ÖGB endlich Kampagnen gegen Homophobie in den Betrieben organisiert, um die Diskriminierung von LGBTQI+-Personen am Arbeitsplatz zu bekämpfen und diese Spaltung zu überwinden.

SPÖ, FPÖ und ÖVP stehen für den 12-Stunden-Tag. Die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft ist zentraler Teil unserer Aktivität. Die ÖGB-Führung klebt an SPÖ & SozialpartnerInnenenschaft, statt Widerstand gegen Angriffe der KapitalistInnen zu organisieren. Die SLP hat von Anfang an gegen den 12-Stunden-Tag mobi-

24/7 – aktiv gegen Ausbeutung & Unterdrückung ...

„Da kannst wählen, wen du willst, am Ende trinken sie ein Glaserl miteinander, gratulieren sich gegenseitig und lachen über uns. Wer nicht in die Regierung kommt, wird halt irgendwo Aufsichtsrat“, erklärt eine Handelsangestellte bei einer Diskussion vorm Linzer Rathaus. Das gelingt den Herrschenden, weil wir als ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, Jugendliche, StudentInnen, PensionistInnen – als „ArbeiterInnenklasse“ – keine Partei haben, die unsere Interessen vertritt. Bei Wahlen sticht das besonders ins Auge. Eine neue, breite, sozialistische ArbeiterInnenpartei wird aber nicht über eine Wahlkandidatur entstehen. Sie muss sich durch Initiativen für und Teilnahme an betrieblichen und sozialen (Protest-)Bewegungen Verankerung in der ArbeiterInnenklasse aufbauen. Die SLP ist nicht die neue ArbeiterInnenpartei. Aber mit unseren Aktivitäten und Methoden und unserem Programm wollen wir zeigen, wie sie aufgebaut werden kann.

tern mit Forderungen, die echte Lösungen für soziale Probleme bieten: Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn; ein Mindestlohn von €1.700/Monat; Investitionsoffensiven im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich; Enteignung von ImmobilienspekulantInnen, die die Mietpreise in die Höhe treiben und Öffnung von leerstehendem Wohnraum. 700 Milliarden Euro bunkert das reichste 1% der Bevölkerung. Genug Geld, um alle sozialen Probleme im Land zu lösen. Doch eine rassistische Atmosphäre, in der sich gewaltbereite faschistische Gruppen wie die „Identitären“ aufbauen können, ist den Herrschenden lieber, als auf Profite zu verzichten.

Wir sind führend an allen Mobilisierungen gegen rechte Aktivitäten beteiligt und setzen oft die Initiative: Gegen Burschenschafterbälle in Wien und Graz, den Kongress „Verteidiger Europas“ in Linz bis zu Aktivitäten der Identitären in Mistelbach oder Vöcklabruck. Dabei dienen Akti-



lisiert, die Initiative für ein linkes Aktionsbündnis gesetzt. Mit einer Unterschriftenkampagne, Kundgebungen und einer Demonstration wurde Druck auf die ÖGB-Führung erzeugt und erklärt, welche Schritte nötig sind, um den Widerstand auszuweiten. Der Angriff wurde damals gestoppt.

Tatsächlich sind Arbeitszeitverkürzung, mehr Per-

Dass sich „Frauenbranchen“ am aktivsten gegen die Zustände im Job wehren, ist kein Zufall. Kürzungen treffen Frauen auf mehreren Ebenen (Pflege zu Hause, Arbeitsbedingungen, Löhne,...). Für uns sind diese Themen vor dem Hintergrund einer drohenden FPÖ-Regierung und damit der Gefahr neuer Angriffe auf Frauenrechte wichtig. Weltweit

Wir unterstützen Schritte zu einer breiten linken Formation oder neuen ArbeiterInnenpartei. In den letzten eineinhalb Jahren haben wir viel Zeit und Kraft in das Projekt „Aufbruch“ investiert, es mit aufgebaut, Vorschläge für nächste Schritte und Aktivitäten eingebracht und auch einen Antritt bei den Wahlen vorgeschlagen. Viele Menschen wurden erstmals aktiv. Politisch gut vorbereitete Interventionen in Protestbewegungen sind für den Aufbau linker Strukturen nötig. Das hat die Bewegung gegen das Murkraftwerk gezeigt. Auf Vorschlag der SLP organisierte der Grazer Aufbruch eine Veranstaltung. Dort wurden die Auswirkungen des 160-Mio.-Euro-Projekts auf die Umwelt und auf die Sozialpolitik beleuchtet: Kürzungen bei Sozialausgaben, Wohnbauförderung, Gesundheit usw., die für die Bevölkerung notwendig sind, wären für die Finanzierung notwendig. Über die Gegenkampagne konnte Aufbruch einen AktivistInnenstamm samt Umfeld aufbauen.

Die Liste unserer Ideen und Kampagnen ist viel länger. Im Wahlkampf setzen wir diese Arbeit gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung und für eine Gesellschaft, wo Menschen und nicht Profite zählen, fort. Und auch darüber hinaus. Um erfolgreich zu sein, brauchen wir auch dich. Werde Teil des sozialistischen Widerstandes gegen den kapitalistischen Wahnsinn!

Flo Klabacher

... auch im Wahlkampf!

sonal und spürbare Lohn-erhöhungen nötig. Im Gesundheits- und Sozialbereich zeigen Initiativen wie „sozial aber nicht blöd“ und „Care Revolution“ – die von der SLP (mit-)gegründet oder stark unterstützt werden – was zu tun ist, um Verbesserungen durchzusetzen: Basisstrukturen aufbauen, Diskussionen in Betrieben und Demonstrationen organisieren und Kampfmaßnahmen wie Streiks vorbereiten. Wenn die KollegInnen selbst entscheiden und planen und wenn gekämpft wird, dann sind Erfolge möglich. Das zeigen die Kämpfe im Gesundheitsbereich in Kärnten und den Wiener Ordensspitälern, wo echte Lohnerhöhungen erreicht wurden. Deshalb ist eine zentrale Forderung unserer Gewerkschaftsarbeit: Urabstimmungen über Verhandlungsergebnisse. Nicht eine Hand voll FunktionärInnen, sondern die KollegInnen müssen entscheiden, was akzeptabel ist.

nehmen Angriffe zu, wie die Verschärfung des Abtreibungsverbotes in Irland oder die Legalisierung häuslicher Gewalt in Russland. Wir greifen die Bewegungen dagegen auf und organisieren Solidarität.

Unsere rund 40 Schwesterorganisationen im „Committee for a Workers International“ sind weltweit Teil sozialer Bewegungen. Bildungsstreiks in Spanien, Streiks in Südafrika, staatliche Repression in Irland, antifaschistische Proteste in den USA und andere Kämpfe greifen wir auf. Denn internationale Entwicklungen wirken sich auf Wirtschaft, Politik und Bewegungen in Österreich aus: Wenn Gewerkschaftsrechte in neokolonialen Ländern angegriffen werden, werden Niedriglöhne dort als Druckmittel gegen uns hier verwendet. Gelingt es, Abtreibungsverbote zurückzuschlagen, inspiriert das Frauen zum Kampf gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen bei uns.



Marx aktuell

Die andauernde Wirtschaftskrise hat auch die politische Landschaft erschüttert. Als Ausdruck von Unzufriedenheit und Widerstand gegen etablierte Politik und Spardiktat schossen neue linke Formationen empor: Syriza in Griechenland, Podemos in Spanien, Mélenchons France Insoumise in Frankreich, usw. Die Krise der etablierten Politik ist so tief, dass sogar in komplett prokapitalistischen und bürokratischen Parteien wie der Labour Party in Britannien oder der PSOE in Spanien Risse entstehen. Linke wie Corbyn oder Sánchez gelangen gegen den Willen der Apparate an die Spitze. Die Kampagne von Sanders erschütterte sogar die stockbürgerlichen US-Demokraten.

Trotz aller Unterschiedlichkeiten gibt es hier Gemeinsamkeit: Ihr (anfänglicher) Erfolg liegt nicht einfach an klugen Medienkampagnen – sondern daran, dass sie ei-

Reform geht nur mit revolutionärer Politik

ne Alternative zur Kürzungspolitik und einen Bruch mit dem Spardiktat propagierten. Dass sie auf Straßen, in Betrieben und Ausbildungseinrichtungen präsent waren.

Ihre Forderungen beinhalten nicht nur Ablehnung der Kürzungspolitik, sondern oft wichtige Verbesserungen für die ArbeiterInnenklasse. In den 1960er und 1970ern konnten reformistische Parteien auf Basis des Nachkriegsaufschwungs echte Verbesserungen umsetzen. Doch mit Ende dieses Aufschwungs und der sich entfaltenden strukturellen Krise des Kapitalismus, die 2007/8 offen ausbrach, folgte die neoliberale Wende. In der Krise verkleinert sich der Spielraum für Verbesserungen innerhalb des Kapitalismus zunehmend. Als Syriza an die Macht kam, hätte eine auch nur teilweise Umsetzung ihres ohnehin beschränkten Programms den Bruch mit Troika, EU und Kapitalismus benötigt. Tsipras und Co entschieden sich dagegen. Als einzige Alternative blieb die völlige Unterordnung unter das Spardiktat und die Durchführung der brutalsten Kürzungspakete der griechischen Geschichte.

Die griechische Tragödie ist eine grausame Lehre für kommende linke Regierungen: Wer an die Macht kommt und nicht bereit ist, mit dem Kapitalismus zu brechen, verschlimmert die soziale Katastrophe nur. Wenn also SozialistInnen solche Reformenforderungen richtigerweise unterstützen, dann muss stets aufgezeigt werden, dass die Durchsetzung zur Infragestellung oder sogar Bruch mit dem Kapitalismus führt.

Den Kapitalismus abschaffen ist kein Kindergeburtstag – es braucht Massenbewegungen und Selbstaktivität von unten, um den tödlich-aggressiven Gegenangriffen des Kapitals zu widerstehen. Damit solche Bewegungen in der Lage sind, die Verbesserungen zu erkämpfen, zu verteidigen und mit dem Kapitalismus zu brechen, brauchen sie eine revolutionäre Organisation – eine Partei, die die aktivsten und kämpferischsten Elemente der Bewegungen vereint und die Erfahrungen der Vergangenheit mit einbringt.

Wir sind keine RevolutionärInnen, weil wir gerne Bumm-Bumm spielen. Sondern weil die fortgesetzte strukturelle Krise des Kapitalismus nur zwei Wege offen lässt: Verschärfung der Angriffe auf Lebensstandards und demokratische Rechte, um die Profite wiederherzustellen – oder den Bruch mit dem kapitalistischen Profitsystem, um auch nur graduelle Verbesserungen für die Massen der Bevölkerung erreichen und absichern zu können. In der Krise gibt es keine Reform ohne Revolution.

Moritz Erkl und Sebastian Kugler



Wahlkampf: Widerstand statt Zucker!

Billige Wahlgeschenke, falsche Versprechungen und dumm von Großplakaten grinsende BerufspolitikerInnen – die Aussicht auf den Wahlkampf bürgerlicher Parteien erfüllt Viele zu Recht mit Ekel. Umso wichtiger ist es für uns als SozialistInnen, dass wir die gesteigerte Aufmerksamkeit für politische Themen aufgreifen, die der Wahlkampf mit sich

bringt. Die Chance, dass eine linke Liste bei dieser Nationalratswahl die Möglichkeit hat, ins Parlament einzuziehen, ist äußerst gering. Das gilt auch für KPÖ+, das Bündnis aus KPÖ und Teilen der Jungen Grünen. Ein Wahlkampf wie in den vergangenen Jahrzehnten, bei dem die Illusion geschürt wird, man könne einziehen, ohne eine Perspekti-

ve der herrschenden Politik verhindert und sogar Verbesserungen erkämpft werden können, wenn sich Menschen organisieren und Widerstand leisten. In Irland initiierte unsere Schwesterorganisation, die Socialist Party, eine Boykottkampagne gegen die Einführung unsozialer Wassersteuern – durch massenhaften Widerstand wurde tatsächlich die Ab-

lingsbewegung oder in den zahlreichen lokalen Initiativen gegen unterschiedliche Kürzungen. In Kärnten konnten Beschäftigte im Gesundheitsbereich nur durch die Androhung eines Streiks 15 Millionen Euro erkämpfen.

Mitglieder der SLP sind an diesen sozialen Bewegungen beteiligt. Unsere Botschaft im Wahlkampf ist: Einmal alle paar Jahre eine Stimme abzugeben ist zu wenig. Wer Veränderung will, der muss sich organisieren und dafür kämpfen. Wir treten zu den Wahlen an, um diesen sozialen Bewegungen mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen und sie zu stärken. Was es in Österreich braucht, ist eine neue breite linke ArbeiterInnenpartei, eine echte Vertretung der lohnabhängigen Mehrheit und ihrer Bewegungen. Solange es diese nicht gibt, zeigen wir im Kleinen, was im Großen nötig ist: Statt Geldspenden von Großkonzernen finanzieren wir unseren Wahlkampf durch Kleinspenden und den Verkauf unserer Zeitung Vorwärts. Statt BerufspolitikerInnen kandidieren ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen und Studierende auf un-

serer Wahlliste. Statt mit Wahlzuckerln um Stimmen zu betteln, bieten wir ein Angebot, sich zu organisieren und gemeinsam mit uns den Widerstand gegen die Sozialkürzungen und rassistischen Angriffe der nächsten Regierung aufzubauen. So werden wir am 28. September den internationalen Aktionstag zur Verteidigung von Frauenrechten durch Aktionen tatkräftig unterstützen. Gemeinsam mit SozialistInnen in Polen, Irland und vielen anderen Ländern kämpfen wir für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Auch in Österreich werden die reaktionären Stimmen gegen die Fristenlösung immer lauter und Frauenrechte geraten unter Beschuss – umso wichtiger ist es, die Errungenschaften zu verteidigen und Verbesserungen und echte Gleichstellung zu erkämpfen! Außerdem werden wir gegen den Wahlkampfauftakt der FPÖ in Wels zu einer Demonstration mobilisieren. Wir werden die FPÖ und die anderen Parteien der Reichen im Wahlkampf auf Schritt und Tritt mit dem Widerstand gegen ihre Politik konfrontieren – Sei dabei!

Manuel Schwaiger

SozialistInnen spielen das Spiel der etablierten Parteien im Wahlkampf nicht mit.

bring. Mit einer Wahlkampagne, die sich grundlegend vom Machtgeplänkel der etablierten Politik unterscheidet – denn diese ist nichts als Erfüllungsgehilfe der Superreichen. So spendet KTM-Chef Stefan Pierer der Liste Kurz 436,463 Euro – und erwartet sich natürlich entsprechende Gegenleistungen in Form des Abbaus von ArbeiterInnenrechten. Nichts könnte die Verwobenheit der etablierten Parteien mit GroßunternehmerInnen besser veranschaulichen.

Für die SLP geht es bei der Wahl nicht nur um das Erreichen möglichst vie-

le auf weitergehende Organisation und Widerstand aufzustellen, stärkt nur die Gefahr, dass sich Menschen desillusioniert von der Linken abwenden. Die Aufgabe von Linken im Wahlkampf ist es, den Widerstand gegen die unsozialen Angriffe vorzubereiten, die nach der Wahl zweifellos auf uns zukommen. Das wollen wir gemeinsam mit allen, die sich gegen diese Verschlechterungen wehren wollen, tun – auch mit KPÖ+ und anderen Linken.

Denn Politik wird nicht nur im Parlament gemacht. Zahlreiche Beispiele zeigen, wie Angrif-

schaffung erreicht. In den USA erkämpfte unsere Schwesterorganisation Socialist Alternative in Seattle einen Mindestlohn von 15\$ – in der Folge konnten in zahlreichen amerikanischen Städten soziale Bewegungen, Gewerkschaften und linke Organisationen ähnliche Erfolge erzielen. Selbst im noch relativ ruhigen Österreich gibt es Beispiele für Menschen, die sich organisieren und Widerstand leisten, ob in der Bewegung gegen das Murkraftwerk in Graz, in SchülerInnenprotesten gegen die Bildungskürzungen in Salzburg, in der immer noch aktiven Flücht-

Toter Rekrut – Weil Sterben männlich ist?

Jetzt ist schon wieder was passiert im Heer. Ein 19-jähriger Rekrut ist während eines Marsches gestorben. Wohl gemerkt bei einer Temperatur von 34 Grad. Der junge Mann soll an Überhitzung gestorben sein. Zum Zeitpunkt des Todes lag die Körpertemperatur bei etwa 44 Grad.

Für diesen Vorfall wird keine unabhängige Untersuchungskommission eingerichtet. Das Bundesheer darf die Untersuchungen selbst leiten. Der Vater eines Kameraden des Verstorbenen spricht mit den Medien und greift das Heer frontal an. Vorwürfe, die schon seit Jahrzehnten bekannt sind, bekommen wieder ein wenig mehr Platz: Sinnlose Demütigungen, keine Rücksicht auf die RekrutInnen etc.

Einige Aspekte dieser überharten Herangehensweise resultieren aus einem verqueren Männlichkeitsbild. Es sei nicht männlich, krank zu sein. Es sei nicht männlich, Emotionen zuzulassen. Es sei nicht männlich, zu jammern. Lieber die Zähne zusammenbeißen und nichts sagen. Männlich ist es, Härte zu zeigen.

Anscheinend ist es ebenfalls männlich, nicht zu widersprechen. Die Rekruten werden auf das Arbeitsleben, auf den Umgang mit Hierarchien, mit

ihren Chefs vorbereitet. Kein Widersprechen bei Überstunden oder unfairer Bezahlung. Das Motto des Arbeitslebens für Lohnabhängige im modernen Kapitalismus lautet: Hände falten, Goschn halten!

Die Sozialistische Linkspartei sieht in all diesen Auswüchsen die Systematik, die niederen Ränge unten zu halten und sie auf ein Leben voller Unterdrückung vorzubereiten. Wir fordern daher eine Demokratisierung des österreichischen Bundesheeres: Rekruten, ebenso wie alle anderen ArbeitnehmerInnen, brauchen Rechte! Diese sollen nicht nur auf Papier gebracht werden. Sie müssen einklagbar sein. Es braucht eine gewerkschaftliche Präsenz in den Kasernen. Der Sold der RekrutInnen muss auf 1.700 Euro im Monat angehoben werden. Alle höheren Ränge in der Heeresstruktur müssen gewählt werden. Das heißt allerdings auch, dass die PostenträgerInnen jederzeit abgewählt werden können.

Und für den konkreten Fall des verstorbenen Rekruten fordert die SLP eine unabhängige Untersuchung, getragen von AK, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen.

Simon Salzmann



Schulen: Auf einen heißen Herbst!

Die Sommerferien sind vorbei, die Schule beginnt wieder. Dann werden die ersten Auswirkungen des Schul-

Schuljahr, als sich hundert SchülerInnen und LehrerInnen an Kundgebungen und Demonstrationen

der Kampf gegen die Wassersteuern in Irland gezeigt! Außerdem kommen die Wahlen, und eine neue Regierung wird auch neue Angriffe aufs Bildungssystem führen. Deshalb ist es wichtig, Widerstand aufzubauen. Ein Aktionstag im Herbst mit bundesweiten Protesten kann zu einem Schulstreik von SchülerInnen und LehrerInnen werden. Die Gewerkschaft hat Proteste angekündigt. Diese müssen mehr als zahllos werden. Mit demokratischen Komitees an Schulen können wir einen solchen Kampf für Bildung organisieren. Gegen bereits beschlossene genauso wie gegen kommende Sparmaßnahmen.

Moritz Bauer

Vor Wahlen haben PolitikerInnen Angst: Eine Protestwelle kann das Autonomiepaket noch zu Fall bringen!

autonomiepakets spürbar. Überfüllte Klassen, noch mehr Lehrstoff, der außerhalb der Schulzeit nachgeholt werden muss und noch weniger Mitbestimmung. Es hat Widerstand gegeben. V.a. in Salzburg sind SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern seit Jahren aktiv gegen Bildungskürzungen. So auch vergangenes

beteiligten. Kurz vor den Sommerferien wurde bekannt, dass das Paket nun doch beschlossen werden soll. Sofort protestierten in Salzburg SchülerInnen.

Nach den Ferien muss es weiter gehen. Mit starken und dauerhaften Protesten können auch beschlossene Verschlechterungen beseitigt werden – das hat

Jung-PolitikerInnen: Eine neu-alte Generation

Auf allen Listen finden sich junge KandidatInnen: Dieser Parteienachwuchs ist hauptsächlich getrieben vom Wunsch, Karriere zu machen. Das Kapital brauchen diese JungpolitikerInnen, um die Krisen der bürgerlichen Parteien zu mildern. Wir brauchen aber keine JungpolitikerInnen, die den vorgezeichneten Weg der Korruption einschlagen. So plante das übrigens auch Sebastian Kurz, als er 2013 sagte: "Wir wollen Be-

währtes erhalten und reformieren, statt mit Unbekanntem experimentieren." Wir brauchen gezielte Maßnahmen, welche die Situation für alle verbessern, nicht „Lösungen“ für die Probleme der Jugend, die nur Phrasen der etablierten Parteien sind! Wir brauchen Investitionen in Bildung und Jobs statt Kürzungspolitik und den Ausbau von selbstverwalteten Jugendzentren statt deren Schließung!

Tabea Anreiter

Heldin des Monats



Am 12.8. demonstrierte die junge Sozialistin Heather Heyer gemeinsam mit anderen AntifaschistInnen gegen den faschistischen Aufmarsch von Ku-Klux-Klan & Co in Charlottesville, USA. Ein Faschist fuhr mit seinem Auto in die Demo und tötete Heather. Wir werden ihren Kampf gegen Faschismus und für Sozialismus fortsetzen.





Am 22. Juli fand in Barcelona/Spanien der Vereinigungskongress zwischen dem CWI und Izquierda Revolucionaria (IR, Revolutionäre Linke) statt – zweifellos ein großer Fortschritt für die Kräfte des revolutionären Marxismus. Vor zehn Jahren begann die größte Krise des kapitalistischen Systems seit der Großen De-

gingen auf die Straße, um ihren Unmut auszudrücken.

Die reformistische Politik, die von der Führung der Sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften mehrere Jahrzehnte lang praktiziert wurde und wird (bevor erstere zum offenen Neoliberalismus übergangen), erwies sich als unfähig, Ant-

gung von CWI und IR stärkt unsere Fähigkeit, diese Aufgabe zu erfüllen, und wir hoffen, dass sie anderen RevolutionärInnen als Beispiel dient, in der kommenden Periode gemeinsam zu arbeiten, um dieses Ziel zu erreichen.

Bei dieser Vereinigung hat es sehr geholfen, dass IR 1976 als spanische Sektion des CWI entstanden war und sich viele Jahre lang an den Erfahrungen, Methoden und taktischen Orientierungen von Militant (der britischen Sektion des CWI, heute Socialist Party) orientiert hat. 1992, im Rahmen einer im CWI international geführten Debatte über die großen Ereignisse jener Epoche – insbesondere der Zusammenbruch der UdSSR und die folgende Welle der Reaktion – vollzog sich eine Spaltung im CWI, die uns heute, im Licht der folgenden Ereignisse, als großer Fehler erscheint. IR wurde Teil der abgespaltenen Organisation, der IMT (in Österreich: Der Funke), und blieb es für 17 Jahre, bis grundlegende politische Differenzen sowie unsere Feststellung, dass das interne Regime der IMT bürokratisch degeneriert war, zu unserem Austritt führten. Unsere Arbeit in der SchülerInnenbewegung Sindicato de Estudiantes (SE) im spanischen Staat wurde von der inter-

nationalen Führung der IMT offen abgelehnt, ebenso unsere Beteiligung an der Bewegung von Fabrikbesetzungen in Venezuela. Letztendlich entschloss sich eine Mehrheit der damaligen spanischen, venezolanischen und mexikanischen IMT-Sektionen, die politische Arbeit unabhängig fortzusetzen, um die Orientierung und Methoden, die wir in den 1970er Jahren gelernt hatten, fortsetzen zu können. Dank dieser Traditionen konnten wir den Sindicato de Estudiantes aufbauen und zum besten Kampfinstrument machen, das die spanische Jugend seit dem Bürgerkrieg gehabt hat. SE ist in der Lage, hunderttausende SchülerInnen auf die Straße zu bringen und errang im November 2016 einen historischen Sieg, als wir die bürgerliche PP-Regierung zwangen, ihre Konterreform im Bildungssektor zurückzunehmen. Zudem hat IR innerhalb der organisierten ArbeiterInnenbewegungen Venezuelas und des spanischen Staats kleine, aber sehr effektive revolutionäre Kräfte aufgebaut.

Obwohl wir nur in drei Ländern vertreten waren, behielten wir unsere internationalistische Orientierung bei. Unser Interesse, die großen internationalen Ereignisse vollständig zu verstehen – insbesondere

die Massenbewegungen für Sanders und Corbyn sowie die Rückschläge für das Establishment, die das schottische Referendum und der Brexit darstellten – brachte uns dazu, die Position und Dokumente des CWI wieder ausführlicher zu studieren. Dabei stellten wir fest, dass unsere Einschätzungen der aktuellen Etappe des Kapitalismus, der Strategie zum Aufbau einer revolutionären Partei und der Orientierung auf die Massenbewegungen übereinstimmten. In Umsetzung unserer internationalistischen Prinzipien schlugen wir dem CWI vor, einen Diskussionsprozess zwischen beiden Organisationen zu beginnen. Die Ergebnisse dieser Debatten wurden innerhalb von IR diskutiert und unsere Mitglieder entschlossen einstimmig, sich dem CWI anzuschließen. Der Vereinigungskongress stellt also den letzten Abschnitt dieses Prozesses dar.

Wir gehen mit gestärkten Kräften und neuem Enthusiasmus an die Aufgabe heran, die MarxistInnen weltweit zu vereinen und eine Internationale aufzubauen, die eine wahrhaft sozialistische Weltrevolution anführen kann.

Antonio García Sinde

Mitglied des Zentralkomitees von Izquierda Revolucionaria, izquierdarevolucionaria.net

Die Kräfte des revolutionären Marxismus werden gestärkt.

pression, die 1929 begann und führte zu tiefgreifenden Veränderungen bei den Klassenkämpfen weltweit. Das Vertrauen in die Fähigkeit des Kapitalismus, die grundlegenden Probleme der Menschheit heute zu lösen, schwindet täglich und stellt seine weltweite Dominanz nicht nur unter Linken, sondern in wachsenden Teilen der ArbeiterInnenklasse in Frage. Und das seit dem 2. Weltkrieg herrschende politische System Westeuropas, der USA und anderer kapitalistischer Länder bekommt immer größere Risse. Die Krise hat einen Anstieg der sozialen Ungleichheit ausgelöst, welche der Auslöser der Massenmobilisierungen der letzten Jahre war. Millionen Menschen weltweit

worfen auf die Forderungen dieser Proteste zu geben – und auch neue politische Formationen wie SYRIZA scheiterten kläglich, den Unmut dauerhaft zu kanalisieren, weil sie sich kein revolutionäres Programm gaben.

Für die Kräfte des revolutionären Marxismus hat eine neue Etappe von Möglichkeiten begonnen, eine führende Rolle in den großen Massenbewegungen zu spielen, die ihren Schatten vorauswerfen. Gegen die Krise des Kapitalismus braucht die ArbeiterInnenklasse heute mehr denn je ein Programm und eine Organisation, die die millionenfache Wut in eine Kraft verwandeln hilft, um den Kapitalismus zu stürzen und eine neue Gesellschaft aufzubauen. Die Vereini-

Streikwelle in Serbien

Anfang 2017 fanden in Serbien die größten Massenproteste seit dem Sturz von Milošević statt. Zehntausende protestierten gegen Wahlbetrug und die autoritäre Politik von Vučić. Von Anfang an waren soziale Forderungen zentral.

Die Proteste waren nicht nur ein spontaner Wutausbruch von jungen Menschen, sondern halfen dabei, die Stimmung in Serbien insgesamt zu verändern und auch anderen Bereichen den Mut für Widerstand zu geben. In den letzten Monaten fand in Serbien eine Reihe von wichtigen Arbeitskämpfen statt.

Der bedeutendste war ein fast einmonatiger Streik beim italienischen Automobilhersteller Fiat in Kragujevac, wo ab Ende Juni 2.000 Beschäftigte für eine Gehaltserhöhung und bessere Arbeitsbedingungen kämpften. Obwohl die Streikenden enorme Ausdauer bewiesen und auch öffentliche Demonstrationen und Proteste organisierten, sabotierte nicht nur die Regierung, sondern auch die Gewerkschaftsführung den Streik. Dieser Verrat gipfelt in einem faulen Deal, den Regierung, Konzern und Gewerkschaftsbürokratie hinter dem Rücken der ArbeiterInnen abschlossen, um den Streik zu beenden.

Trotzdem diente der entschlossene Arbeitskampf

bei Fiat anderen als Beispiel. Mitte Juli traten die 600 Beschäftigten der slowenischen Kühltischfabrik Gorenje in Valjevo in Streik. Aus Misstrauen gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie wählten die Streikenden selbständig ein 15-Personen-Komitee, um die ArbeiterInnen während des Streiks zu vertreten.

Im schon länger andauernden Konflikt in der Eisenbahnwagen-Fabrik „Goša“ beschränkten sich ArbeiterInnen in ihrem Kampf um unbezahlte Löhne nicht auf Streiks: Sie blockierten auch die Eisenbahnstrecke zwischen Thessaloniki und Belgrad.

Und auch in der Hauptstadt Serbiens bestreikten Mitte Juli die Beschäftigten des Bauunternehmens MB Ratko Mitrović vier Baustellen, um unbezahlte Löhne und die zugesagte Krankenversicherung zu erkämpfen.

Das zeigt, dass sich die serbische ArbeiterInnenklasse immer offensiver gegen die Auswirkungen der neoliberalen Politik wehrt. Als SozialistInnen unterstützen wir diese Arbeitskämpfe aktiv. Wir helfen, sie mit anderen Streiks und Bewegungen zu vernetzen und schlagen ein sozialistisches Programm vor, um den Kämpfen zum Erfolg zu verhelfen.

Christoph Glaninger



Macron: Der Lack ist ab

Macrons Regierung fällt in Umfragen, auch gewählt wurde er nur von einer Minderheit. Es war klar, dass er mit seiner harschen Kürzungsagenda

dig. Die aufgestaute Wut ist enorm, die Regierung instabil.

Entscheidend wird die Frage einer politischen Al-

gen bündeln, organisieren und mit einem sozialistischen Programm verbinden. Dazu gehört die Überführung der Schlüsselkonzerne in öffentliches Eigentum und eine demokratisch geplante Wirtschaft unter Kontrolle der Beschäftigten. Gauche Révolutionnaire (CWI in Frankreich) schlägt eine bundesweite Konferenz vor: Wie kommt man zu einer Regierung unter der Kontrolle der ArbeiterInnen und Jugend, die mit der Kürzungspolitik bricht? Diese muss bereit sein, mit dem Kapitalismus zu brechen und die Eigentumsverhältnisse anzugreifen – sonst droht ein griechisches Szenario.

Laura Rafetseder

Drei Monate nach seinem Wahlsieg sinken die Umfragewerte von Strahlemann Macron dramatisch.

rasch in eine Krise rutschen würde. Kurz' Rolemodel Macron ist nur eine Neuauflage der Politik von Sarkozy, Hollande, Juppé etc. Unter anderem setzt er Hollandes Attacken auf das Arbeitsgesetz fort. Für 12. September sind gewerkschaftliche Proteste angekün-

ternative. Die Linke erhielt mit Mélenchon sieben Millionen Stimmen bei den Wahlen. Er hat mit „France Insoumise“ (Aufsässiges Frankreich) eine Bewegung angestoßen, 4.000 lokale Komitees unterstützen ihn. Sie müssen den Kampf gegen Macrons Kürzun-

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Solidarität mit Ali Feruz

In den Ländern der Ex-Sowjetunion gibt es eine Welle an Repression gegen GewerkschafterInnen und kritische JournalistInnen. In Weißrussland wurde das Büro einer Gewerkschaft, die die Proteste Anfang des Jahres unterstützt hatte, von der Polizei gestürmt. In Kasachstan wurde die Vorsitzende des unabhängigen Gewerkschaftsverbands zu mehreren Jahren Haft für ihre Unterstützung streikender ArbeiterInnen ver-

urteilt. In Russland soll der kritische Journalist Ali Feruz nach Usbekistan abgeschoben werden, was für ihn sehr gefährlich wäre. Er hat gemeinsam mit dem CWI eine unabhängige Gewerkschaft gegründet und arbeitete an der Aufdeckung der Gewalt gegen LGBT-Personen in Tschetschenien. Das CWI organisiert konkrete Solidarität und Unterstützung für Ali in Russland und international.

Socialist.news

Driscoll-ArbeiterInnen

Seit zwei Jahren befinden sich die FarmarbeiterInnen im Arbeitskampf gegen katastrophale Arbeitsbedingungen: Für eine Box Heidelbeeren, die bei Driscolls Abnehmern (u.a. Walmart) bis zu 50\$ kostet, bekommen die ArbeiterInnen 89 Cent. Auf Driscolls Feldern gibt es Zwangsarbeit, Kinderarbeit und regelmäßige sexuelle Gewalt gegen weibliche ArbeiterInnen. Deswegen rufen die ArbeiterInnen seit 2015 zum

Boycott von Driscolls Produkten auf. Izquierda Revolucionaria (CWI Mexiko) organisiert Solidarität mit den ArbeiterInnen und dem Boycott. Am 19.8. organisierte das CWI einen internationalen Aktionstag mit Solidaritätsprotesten in zahlreichen Ländern von Deutschland bis in die USA. Izquierda Revolucionaria und das CWI werden die ArbeiterInnen weiter in ihrem Kampf unterstützen.

izquierdarevolucionariamxnet

Hong Kong

Das chinesische Regime verstärkt die Repression in Hong Kong: 13 linke AktivistInnen wurden festgenommen. Socialist Action (CWI China/Hong Kong/Taiwan) beteiligte sich an den spontanen Protesten dagegen. CWI-Aktivistin Sally Tang Mei-Ching sprach zu über 2.000 DemonstrantInnen und rief zu einem Aktionstag am 28.9., dem 3. Jahrestag der „Regenschirm-Revolution“, auf

www.Chinaworker.info

„Sie sollen aus dem täglichen Wirtschaftsleben endlich verschwinden ...“

- Ring freier Wirtschaftstreibender über die Gewerkschaft der Privatangestellten

Gewerkschaftsfeind

SPÖ, Gewerkschaften und die FPÖ-Koalitionsfrage

Eines der Prinzipien, für das ernstzunehmende Gewerkschaften eintreten sollten, ist die Einheit aller ArbeitnehmerInnen, weil Spaltung schwächt. Allein dies müsste jegliche Diskussion zur Zusammenarbeit mit der rechtsextremen, rassistischen und se-

den Fachgewerkschaften durchaus unterschiedlich. Auch ist GewerkschafterIn nicht gleich GewerkschafterIn. Die haarsträubende Position des Bau-Holz-Vorsitzenden Muchitsch, der kein Problem mit rot-blau hat, verwundert nicht weiter: er ist ein etablier-

ter schon immer der Fall war. SPÖ-GewerkschafterInnen dürfen in Wahlzeiten rennen und versuchen, die unausweichlichen Verluste in Grenzen zu halten. Es ist diese Verbürgerlichung und das Fehlen einer echten ArbeiterInnen-Partei, wel-

Unsere Prognose lautet: wenn eine FPÖ-SPÖ-Koalition kommt, wird dies all jene, die engagierte gewerkschaftliche Interessensvertretung wollen, weiter schwächen. Das wäre natürlich bei einer SPÖVP-Koalition nicht anders. Hinzu kommt je-

hobene Führung durchgesetzt werden und zwar mit den Betroffenen. Selbst ein kleiner regional begrenzter Arbeitskampf, der echte Erfolge, Aktivität und Organisation bringt, wäre wertvoller als ein gut formulierter Antrag, der ange-

Wenn Du entdeckst, dass Du ein totes Pferd reitest, steig ab! (Spruch der Dakota-Sioux)

xistischen FPÖ erübrigen. Die FPÖ steht gegen diese Einheit, da sie wesentliche Teile der hier lebenden ArbeitnehmerInnen sowie Erwerbsarbeitslosen als Menschen zweiter oder dritter Klasse betrachtet und ihnen die Schuld an der sozialen Misere gibt. FPÖ-Entscheidungsträger fordern mitunter die „Auflösung der Gewerkschaften“ (Dörfler), sind für „Notgesetze gegen Gewerkschaften“ (Ring freier Wirtschaftstreibender) und bekämpfen jeden Streik als „Gefährdung“ (FPÖ-Funktionär Amann). Doch verdrängen wir einmal diese Punkte, um der Strategie-Diskussion in SPÖ und Gewerkschaften zu folgen. Wie können Menschen von der FPÖ zurückgewonnen und die Gewerkschaften als kämpferische Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen wieder gestärkt werden?

Die Zugänge zur FPÖ-Koalitionsfrage sind in

ter Politiker und lebt in einer Sozialbau-Wohnung um unter 290 € bei einem Brutto-Einkommen bis zu 15.000 €. Es geht vielmehr um engagierte KollegInnen, die für die Interessen von Beschäftigten und Erwerbsarbeitslosen kämpfen wollen. Der Tenor lautet oftmals: „Die SPÖ soll mittels FPÖ-Koalition soziale Politik machen.“ Zuerst muss man verstehen, warum sich so viele ArbeiterInnen von der SPÖ abwenden: Die SPÖ führte neben der ÖVP (und einem kurzen FPÖ-Gastspiel) den neoliberalen Kahl-schlag an. Weder der sogenannte linke noch der ArbeiterInnen-Flügel in der SPÖ konnte dies verhindern und schrumpfte bzw. verlor an Einfluss. So zementierte die SPÖ ihre Position als eine der wesentlichen Stützen des österreichischen Kapitals; nunmehr in Zeiten der Krise. Der Gewerkschaftsflügel verkam zu einem Anhängsel wie es bei der Volkspar-

che einer FPÖ ermöglicht, sich als soziale Alternative hinstellen zu können. Der Bluff funktioniert, weil viele Menschen (völlig zu Recht) die neoliberale SPÖ ablehnen und „Veränderung“ wollen. Strache & Co. spielen dazu das passende Theater. Dass die FPÖ die noch aggressivere Sozialabbau-Partei ist, fällt in dem ganzen Chaos kaum auf. Die Schuld liegt dabei jedoch nicht bei den „Massen“, sondern den politisch Verantwortlichen in SPÖ, AK, ÖGB und den Einzelgewerkschaften. In der allgemeinen Praxis treten viele Gewerkschaften anstatt zu kämpfen als verlängerter Arm von Regierung oder Geschäftsführung auf. Raum für demokratische Gestaltung gibt es kaum, da dies die Agenda der abgehobenen Führung durchkreuzen würde. Das kommt halt raus, wenn man einen Burgfrieden mit dem herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssys-tem anstrebt.

doch, dass durch den FPÖ-Rassismus die Ent-Solidarisierung noch schneller vorangetrieben wird. Das Ergebnis sind Nachteile für ALLE ArbeitnehmerInnen in Österreich. Dies zeigte sich bei der Mindestsicherung in OÖ, NÖ und Tirol. Man begann mit Hetze gegen Asylberechtigte und weitete dann auf eine „Deckelung“ für alle Familien aus.

Stimmt man dieser Einschätzung im Großen und Ganzen zu, müsste man als Gewerkschafts-AktivistIn und gleichzeitiges SPÖ-Mitglied grundsätzlich gegen jedwede Koalition mit der FPÖ als auch der ÖVP sein. Genaugenommen wäre ebenso eine Infragestellung dieser SPÖ überfällig, da sie selbst wesentlich die Axt des sozialen Kahlschlags führte.

Wir brauchen Erneuerung auf zwei Ebenen: In den Gewerkschaften müssen kämpferische Methoden gegen die abge-

nommen wird, nur um im Mistkübel zu landen. Jeder Arbeitskampf könnte das Selbstvertrauen heben und gleichzeitig offenlegen, dass die FPÖ keine Antworten hat und tatsächlich auf Seiten der Besitzenden steht. Zweitens: es gibt derzeit keine Partei, die mit und für ArbeitnehmerInnen und einem Anti-Kürzungs bzw. anti-kapitalistischen Programm auftritt. Die Wahrscheinlichkeit, dass die SPÖ sich wandelt, ist verschwindend gering. Eher wird sich der bisherige Trend fortsetzen, und alle ernsthaften GewerkschafterInnen werden in konkreten Bewegungen den Angriffen der nächsten Regierung (mit oder ohne SPÖ) gegenüberstehen müssen. Genau darin läge die Chance, die ArbeiterInnen-Bewegung auf neue Beine zu stellen..

Franz Neuhold,

Betriebsrat im

Technischen Museum Wien
mit österr. Mediathek

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Aus der täglichen Diskussion und tausenden von Berichten, Artikeln und Studien sind sie nicht mehr wegzudenken: Begriffe wie Industrie 4.0, Digitalisierung, Internet der Dinge, Smart Home. Vor allem in Deutsch-

Kundenwunsch kann angeblich mit der automatisierten Produktion eingegangen werden. Gerade in Ländern wie Deutschland und Österreich wird unter diesem Vorwand ein Angriff auf ArbeiterInnenrechte gestartet.

kommunikation) und erlebt die digitale Veränderung der Arbeitswelt als langjährige Mitarbeiterin der Telekom aus eigener Erfahrung. Ihre Sichtweise steuerte sie in einem ausführlichen Vorwort zum Buch bei.

René Arnsburg: Industrie 4.0 – Von Schein-Revolutionen und der Krise des Kapitalismus

land gelang es der Regierung und Unternehmensverbänden, sie zu prägen und gezielt in jedem Lebensbereich zu platzieren. Hochglanzprospekte vieler Firmen versprechen uns nun die digitale Revolution, mit der sich unser Leben von Grund auf verbessert: Alles ist vernetzt und auf jeden noch so individuellen

Deutlichster Ausdruck davon ist die geplante weitgehende Abschaffung des 8-Stunden-Normalarbeitstags, die als Ruf nach „Flexibilisierung“ getarnt wird.

Alexandra Arnsburg ist Mitglied des Landesbezirksvorstandes bei ver.di Berlin-Brandenburg und des Vorstandes im Fachbereich 9 (IT und Tele-

Dieses Buch ist ein Diskussionsbeitrag aus marxistischer Sicht und ein Aufruf an alle, sich nicht blenden zu lassen und auf „Sozialpartner“-Lösungen zu hoffen, sondern mutig zur Veränderung der Gesellschaft zu schreiten, damit der technische Fortschritt der Mehrheit der Menschen zu Gute kommt.

11,90 Euro
203 Seiten
ISBN 978-3-96156-0257
erschienen im
Manifest Verlag.

Ein neues Bewusstsein

Ich bin 18 Jahre alt, beginne bald in Linz Physik zu studieren und bin seit kurzem auch Mitglied bei der SLP.

tei gibt, die sich für die Anliegen von ArbeiterInnen aktiv einsetzt und auch mir die Möglichkeit gibt, das zu tun.

Ich kam zum ersten Mal in Kontakt mit der Sozialistischen LinksPartei durch die Einladung eines Schulkollegen zu den Aktionen am 1. Mai, vor allem wegen der Kundgebung gegen die FPÖ. Auf Anhieb war ich begeistert, dass es eine Par-

Was für mich aber von noch größerer Bedeutung war und ist, ist der Gedanke, der hinter diesen Aktionen steht: das Bewusstsein darüber, dass der Kapitalismus selbst zwingend diese Probleme verursacht. Dieses Bewusstsein fehlte mir

zuvor und somit auch die Hoffnung, dass dieses marode System überwunden werden kann.

Ich genieße es sehr, bei der SLP aktiv zu sein und freue mich auch auf zukünftige Aktionen.

Überall, wo ArbeiterInnen unterdrückt werden, soll es einen Aufschrei geben. Habt auch ihr keine Scheu, es lohnt sich!

Lisa Patscheider, 18,
Studentin aus Linz

Spenden, die Widerstand bewirken: Jetzt den SLP-Wahlkampf unterstützen!



Die SLP kandidiert. Im Gegensatz zu den etablierten Parteien und ihren Spaltpilzen haben wir keine reichen Geldgeber – denn genau ihre Agenda bekämpfen wir. Wir sind auf die Spenden all derer angewiesen, mit denen wir gemeinsam kämpfen – ArbeiterInnen, Arbeitslose, Jugendliche jeder Herkunft. Geld geben wir nicht für nichtssagende Plakatwände oder Gratis-Goodies aus, sondern um konkreten Wider-

stand aufzubauen. Eine Spende von 70€ bedeutet 1.000 Flyer zur Mobilisierung für den internationalen Aktionstag für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Mit 100 € können wir 250 Plakate zur Mobilisierung gegen den FPÖ-Wahlkampfauftakt drucken. Spende jetzt und werde aktiv!

IBAN:
AT 256000000000 8812733
BIC:
OPSKATWW

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Habert Café'
Salzkammergut Einkaufspark

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 19⁰⁰ Uhr
im 'Cuntra la Cultra'
Grieplatz 5

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15; Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at



Andere über uns



Nach dem Mord in Charlottesville organisierten wir in Wien am 17.8. eine Kundgebung in Solidarität mit AntifaschistInnen in den USA. Der selbsternannte „realpolitische Sozialdemokrat“ Dieter Knoflach widmete uns einen ganzen empörten Artikel auf „Fisch und Fleisch“. Darin verteidigt er Trump und seine rechtsextremen Fans, während er die SLP mit den Rappern von „Public Enemy“ vergleicht – schmeichelhaft!

Gibt es nicht aus Profitstreben; gibt es aus Überzeugung.



> Berichte
> Analysen
> Hintergründe
aus sozialistischer Sicht.

VORWÄRTS jetzt abonnieren!

Normal-Abo: € 24,-
Sozial-Abo: € 14,-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7,-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP



Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)



So war das SLP-Sommercamp

Mehr auf Seite 5

Linke Alternative gegen die FPÖ!

Eine Regierungsbeteiligung der FPÖ ist wahrscheinlich und dagegen braucht es eine linke Kraft!

Die Nationalratswahlen stehen vor der Tür und die FPÖ versucht mit einem neuen Auftreten neue Schichten anzusprechen. Bisher hat die FPÖ versucht, durch ein „Anti-Establishment-Image“ WählerInnenstimmen zu ergattern und bediente sich dabei einer rechtspopulistischen Rhetorik. Zu Beginn des Wahlkampfes hat sich die FPÖ allerdings eher ruhig verhalten, um ihre Freunde in der Wirtschaft zufrieden zu stellen. Trotz ihrer an-

fänglichen Zurückhaltung bei rassistischer Hetze, ist ihre Politik nach wie vor eine Gefahr. Eine Regierungsbeteiligung der FPÖ ist durchaus wahrscheinlich. Ihre rassistische Politik ist Spaltungsmittel, das von der Tatsache ablenken soll, dass sie alles andere als Politik für die kleinen Leute machen. Ein neuester Beweis dafür ist ihr neues, neoliberales Wirtschaftsprogramm. Statt Einsparungen bei Flüchtlingen und im Sozialbereich braucht es eine

starke linke Kraft, die sich gegen die Vorhaben von Strache & Co. richtet und sich wirklich für ArbeiterInnenrechte einsetzt.

Deshalb wird die SLP am 16. September in Wels (OÖ) eine Protestaktion gegen die FPÖ und ihre Politik abhalten, wenn die FPÖ dort ihren Wahlkampfauftakt veranstaltet. Hilf uns, dass der Protest ein lauter wird: Deshalb vorbeikommen und aktiv werden!

Celina Brandstötter



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.